



Berlin, den 28.08.2019

Pressemitteilung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz

Nie wieder Krieg – eine Erklärung zum 1.9.1939 - 1.9.2019

Vor 80 Jahren, am 1. September 1939, überfiel die deutsche Wehrmacht ohne Grund und Vorankündigung die 2. Polnische Republik. Damit begann der 2. von Deutschland angezettelte Weltkrieg, an dessen Ende geschätzt 60-65 Millionen Kriegstote standen. Den zahlenmäßigsten meisten Kriegstoten hatte die Sowjetunion zu beklagen, gemessen an der Bevölkerungszahl steht mit 17,2% das zuerst überfallene Polen an der Spitze. Im Verlauf des Krieges verloren zudem zahllose Menschen ihr Zuhause und ihre Existenzgrundlage, wurden ganze Landstriche zerstört. Die bereits zuvor begonnene Verhaftung und Ermordung bestimmter Bevölkerungsgruppen wie z.B. jüdische Menschen oder Sinti und Roma wurde im Verlauf des Krieges in einem unermesslichen Maße fortgesetzt; dies nicht nur in Konzentrationslagern, sondern durch die so genannten Einsatzgruppen, die der Wehrmacht folgten. Der Inhaftierung und Ermordung fielen zudem auch Millionen Menschen aus den überfallenen Ländern besonders Osteuropas zum Opfer.

Nach dem Ende des Krieges 1945 hieß es allenthalben „Nie wieder Krieg“. „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nimmt, dem soll die Hand abfaulen!“, sagte bspw. 1949 der spätere Verteidigungsminister Franz Josef Strauß.

Aber: Das „Nie wieder“ war von Anfang an brüchig und ist es heute noch. Deutschland ist weltweit der viertgrößte Waffenexporteur. Seit den 1990er Jahren beteiligt sich die Bundeswehr an militärischen Einsätzen der NATO zu Friedenserhaltung und Friedenssicherung.

Friedenspolitisch engagierte Organisationen wie das Forum Ziviler Friedensdienst weisen immer wieder darauf hin, dass die friedenssichernde und friedenserhaltende Wirkung militärischer Einsätze mehr als fraglich ist. Sie lehnen das Primat des Militärischen ab und verfolgen das Ziel, Waffeneinsatz und andere Formen kollektiver Gewalt zurückzudrängen und stattdessen gewaltfreies Handeln zwischen Einzelnen, zwischen Gruppen und Völkern zu stärken. Gleichzeitig fordern sie, die Mittel für die Bekämpfung von Ungerechtigkeit, Armut, Diskriminierung und strukturelle Gewalt im Rahmen der innergesellschaftlichen Menschenrechtsarbeit, der Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit deutlich zu erhöhen. Denn: Prävention und

Überwindung von Hass und Gewalt ist nur möglich, wenn alle Menschen weltweit ein gutes Leben führen können.

Dem schließen wir uns ohne Wenn und Aber an. Die Erinnerung an den Beginn des Zweiten Weltkrieges darf nicht im Gedenken stecken bleiben. Es gilt, aus den furchtbaren Erfahrungen Konsequenzen zu ziehen und andere Wege als Gewalt und Krieg zu finden.

Henny Engels und Beatrice Morgenthaler im Namen des Bündnisses für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf

V.i.S.d.P.: Henny Engels; Sprecherin Bündnis für Demokratie und Toleranz